

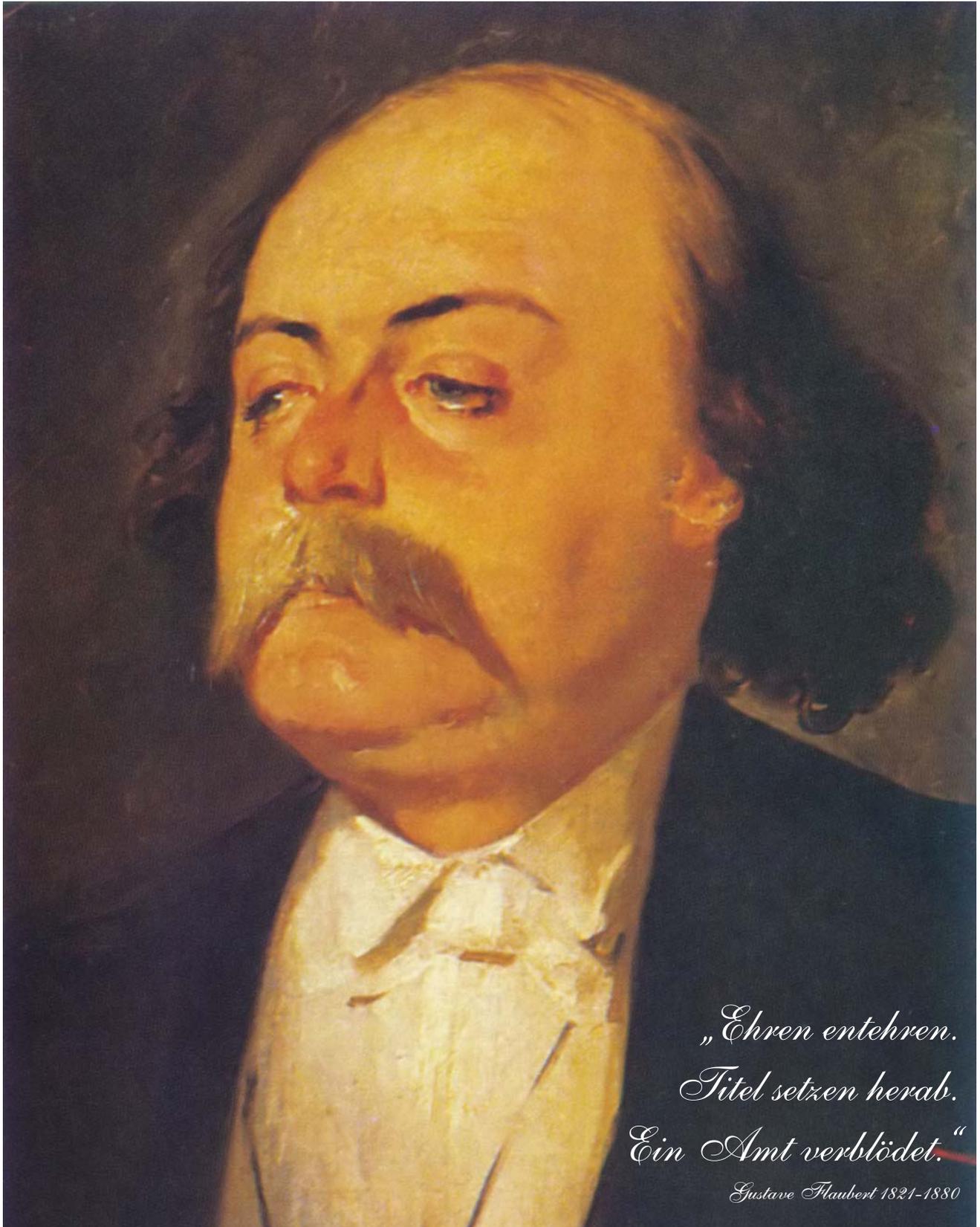
# LINKES ECHO

Infoblatt der Partei **DIE LINKE.** im Ilm-Kreis  **DIE LINKE.**

Linkes Echo 17. Jahrgang

Monat März 2011

Preis: Spende



*„Ehren entehren.  
Titel setzen herab.  
Ein Amt verblödet.“*

*Gustave Flaubert 1821-1880*



**So gesehen...**

...sind es sehr oft Banalitäten, die die Karriere mächtiger Menschen beenden. So stolperte Friedrich Ebert im Jahre 1919 über ein Foto, welches ihn und seinen Bluthund Noske in Badehose in der Ostsee zeigt. Ein Unding zur damaligen Zeit. Zwei Männer nur in Badehose und dann noch in der Zeitung. Damals die „Berliner Illustrirte Zeitung“. Was für den Politiker Ausdruck seiner Lebensfreude gewesen sein mag, kam beim gemeinen Volk nicht so doll an. Die politische Rechte (damals zählte die SPD noch, nicht nur nach ihrer Auffassung, zum linken Lager) drosch mit allen Mitteln der verbrämt-reaktionär-konservativen Rhetorik auf den damaligen Präsidenten ein. Mit Erfolg.

Heutzutage müssen die Menschen sich schon etwas mehr Mühe geben, um jemanden aus dem Amt zu jagen. Wenn der nämlich nicht will, und mit begnadeter Rhetorik anfängt sein ungesetzliches Verhalten als integer und gesetzeskonform darzustellen, solange, bis fast alle glauben, grün sein nun mal in diesem Falle blau, dann bleibt er eben solange Minister, wie er will. Und seine ganze Riege redet die Straftaten klein und differenzieret in diesem Falle die Politik von der Wissenschaft. Das eine hat mit dem anderen ja nun wirklich nicht viel zutun. Allerdings sei die Frage gestattet, was ist mit der Glaubwürdigkeit? Wie nehmen Soldaten im Kriegseinsatz ihren obersten Dienstherrn war, der, nur um seinen eigenen Hintern zu retten, lügt und betrügt?

Welchen Sinn macht eine Kanzlerin, die im Jahre 2008 noch Fernsehspots darüber verbreitet, dass der Schutz des geistigen Eigentums oberste Priorität haben soll und Raubkopierer Verbrecher sind. Kaum zwei Jahre danach verteidigt sie einen straffällig gewordenen Minister, sie stellt sich vor einen Typen, der auf hunderten Seiten seiner Dissertation Plagiate verwendet hat. Selbst einen Studenten hat dieser reiche Sack beklaut.

Nun isser wech.

Bumm. Dumm für die CDU. Plötzlich stinkt es im eigenen Laden. Dumm, plötzlich wendet der, vor den man sich die ganze Zeit gestellt hat, sich gegen einen und diffamiert in diesem Sinne die Hehler ebenso als Lügner und Betrüger, weil er nun doch zugibt, dass es nicht tragbar ist, gleichzeitig als potentieller Straftäter und Verteidigungsminister die deutschen Interessen am Hindukusch zu vertreten. Alle die ihm den Rücken gestärkt haben sollten eine Anzeige bekommen wegen Hehlerei.

Alles im Fall Dr. Googleberg hat wieder sehr deutlich gemacht, wie im System der parlamentarischen Demokratie der Hase läuft. Wo der Barthel den Most holt. Es geht nicht um das Volk und was es gerne hätte. Es geht darum, wer hier das Sagen und die Kohle hat. Was haben die Medien uns nicht alles versucht überzubraten, damit wir glauben Dr. Googleberg sei ja doch ein ganz, ganz Lieber und so eine kleine Verfehlung (in den USA können Schüler mit einer sofortigen Strafanzeige rechnen, wenn sie nur beim Spicken erwischt werden), wie das Fälschen einer Doktorarbeit kann doch nicht dazu führen, dass der beliebteste Politiker der deutschen Welt, sein Amt niederlegen müsse. Gleichgeschaltete Hofberichterstattung von der Nordsee bis zu den Alpen, mit wenigen Ausnahmen. Die freie unabhängige Presse.

Dieselbe Presse, die von Chaoten redet, wenn Antifaschisten sich gegen Nazis stellen. Dieselbe Presse, die verschweigt, wenn der tobende Nazimob ein Wohnhaus angreift und die Polizei dafür noch den Verkehr umleitet, anstatt die Randalierer dingfest zu machen. Dieselbe Presse, die genüsslich drüber schwadroniert wenn in Bengasi zwei Polizisten an Laternen gehängt werden, sei dies ein Ausdruck des Demokratiewillens der dortigen Menschen. Dieselbe Presse, die dazu schweigt, wenn wegen eines Bahnhoftumbaus Menschen wie Tiere von Polizisten vor sich hergetrieben werden und zahllose Verletzungen an Körper und Geist durch Polizisten und deren Waffen erleiden müssen, trotz des Umstandes, das in Deutschland Demonstrations- und Meinungsfreiheit herrschen sollen. Dieselbe Presse, die seit zwanzig Jahren versucht die DDR mit dem Naziregime gleichzusetzen und alles was aus der DDR kam auf Stasi, Mauer oder Töpfchenzwang zu reduziert.

Dieselbe Presse, die die aktuelle Form der Demokratie ohne zu hinterfragen als Maß aller Dinge darstellt und unter diesem Aspekt alles verteuelt, was andere gesellschaftlichen Regeln bevorzugt. Das eben nur damit wir, mediengil und gutgläubig wie wir sind, alles Das schlucken, was uns Merkel & Co. im Namen dieser Demokratie vorsetzen wollen. Und sei es die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten.

Oder kann es sein, das sich mich irre?

Mama

**Inhalt:**

<b>Friedliche Blockaden gegen Nazis müssen möglich sein</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Scharfe Kritik am Zensur-Versuch durch Thüringer CDU</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Lernende Reformpolitik</b>	<b>Seite 5</b>
<b>Jahresauftakt 2011</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Grundsätze des Klimaschutzes müssen gesetzliche Grundlagen der Raumplanung werden</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Kein Autobahnmuseum an der A 71 bei Gräfenroda</b>	<b>Seite 7</b>
<b>WAZV Arnstadt ist Landesspitze beim Sitzungsgeld</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Wie wir Opposition verstehen</b>	<b>Seite 8</b>
<b>Ideen und Engagement für die Kinder- und Jugendarbeit gefragt</b>	<b>Seite 9</b>
<b>Die Wiener Verhandlungen sind gescheitert</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Ein wenig Hoffnung und wenig Konkretes</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Zur Bahnstrecke Gotha – Gräfenroda</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Leserbrief</b>	<b>Seite 13</b>
<b>Leserbrief</b>	<b>Seite 14</b>
<b>Termine</b>	<b>Seite 16</b>

## Friedliche Blockaden gegen Nazis müssen möglich sein

Es war noch Nacht auf der Autobahn, aber viele Busse, zum Teil im Konvoi, hatten sich von verschiedenen Thüringer Städten aus auf den Weg nach Dresden gemacht, um am 19. Februar dem Aufmarsch von

verbote und Einschüchterungsversuche abhalten lassen und ganz im Sinne des auf der mobilen Bühne mitblockierenden Liedermachers Konstantin Wecker agiert: „Mischt euch ein - sagt Nein“.

Eine der ersten größeren Spontandemos, die an der Marienbrücke, hatte die Thüringer Landtagsabgeordnete der Linksfraktion, Martina Renner, mit angemeldet. Sie bekam dann Unterstützung auch durch Astrid Rothe-Beinlich von den Thüringer Grünen. Mehrere Tausend waren es schließlich, die sich allein von hier aus auf den Weg in die Innenstadt machten – dabei auch Knut Korschewsky, der Landesvorsitzende der Thüringer LINKEN, sowie zahlreiche Bundestagsabgeordnete mit den beiden Bundesvorsitzenden der Linkspartei Gesine Löttsch und Klaus Ernst. Sie reihten sich ein in die große Blockade am Dresdener Hauptbahnhof, die den bis zum Nachmittag hier eingetroffenen mehreren hundert Neonazis die vom Verwaltungsgericht Dresden genehmigten Veranstaltungen, zwei Kundgebungen und einen Aufzug, versperrten.



Neonazis aus ganz Europa, von Geschichtsrevisionisten über die NPD bis zu den sogenannten autonomen Nationalisten, entschieden aber friedlich entgegenzutreten. Dem Aufruf des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ waren um die 20.000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik, aber auch z.B. aus dem benachbarten Tschechien, gefolgt. Sie hatten sich dabei nicht durch massive Versammlungs-

So gelang es erneut, die Neonazis – deren Zahlen weit unter ihren Ankündigungen geblieben waren – in die Schranken zu weisen. Unter den Gegendemonstranten alle Altersgruppen viele Bürger der Stadt, manch Älterer, der sich noch an die Bombennacht im Februar 1945 erinnern kann und nicht will, dass menschliches Leid instrumentalisiert und vom braunen Ungeist missbraucht wird.

Frust und Aggressionspotential der zumeist jungen Faschos waren nach ihrem erneuten Scheitern so groß, dass sie diesmal bei ihrer Abfahrt in Leipzig – voriges Jahr waren sie noch in Gera eingefallen – Halt machen wollten. Während hier die Polizei besonnen reagierte und sie per Notstand nicht vom Bahnsteig ließ, hatte sie in Dresden zur Eskalation der Lage beigetragen. So wurden friedliche Gegendemonstranten mit Wasserwerfern attackiert und am Abend, als auch die Thüringer Busse längst wieder Dresden verlassen hatten, erstürmte ein Sondereinsatzkommando das Haus der Begegnung mit der Stadtzentrale der Dresdner LINKEN. Dies werde ein Nachspiel haben, kündigte die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping an, die den tausenden friedlichen Blockierern Respekt gezollt hatte, und sie erklärte: „Das Verwaltungsgericht hätte die Naziaufmärsche niemals genehmigen dürfen. Da haben Verfassungsfeinde den Rechtsstaat missbraucht. Zehntausende wurden an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts gehindert. Friedliche Blockaden gegen Nazis müssen möglich sein!“



Auch Genossinnen und Genossen aus dem Ilm-Kreis beteiligten sich an der Sitzblockade

A. Rudolph

**Knut Korschewsky und Bodo Ramelow:**

**Scharfe Kritik am Zensur-Versuch durch Thüringer CDU**

„Es ist offenbar wieder soweit, dass in Deutschland Zensurbehörden eingerichtet werden sollen“, so die erste Reaktion von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf die Anzeige des Landesvorstandes der Thüringer CDU gegen die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ und die anschließende Mitnahme zweier Ausstellungstafeln durch die Staatsanwaltschaft Meiningen am 22. Februar.

„Mit der Ausstellung ist die Geschichte wohl zu dicht an die Damen und Herren der CDU herangekommen. Die Thüringer CDU will die historischen Verbindungslinien und Kontinuitäten ihrer eigenen Partei als Sammelbecken vieler ehemaliger Nazis in der frühen BRD und rechtspopulistische Positionen in den eigenen Reihen nicht sehen. Offenbar ist es nach dem Willen des Thüringer CDU-Generalsekretärs nicht mehr zulässig, Zitate von Politikern seiner Partei zu wiederholen, die braune Stammtischparolen bedienen“.

Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der LINKEN, kritisierte das Vorgehen von CDU und Staatsanwaltschaft in der Pressemitteilung am 23. Februar: „Ich fordere Christine Lieberknecht als Vorsitzende der Thüringer CDU auf, diesem unseligen Treiben in ihrer Partei eine Ende zu bereiten! Pfeifen Sie Ihre Kettenhunde aus den Zeiten des Kalten Krieges zurück!“ Und weiter: „Das Vorgehen passt ins Bild: Die Partei, die mit allen Mitteln eine ordentliches Landesprogramm gegen Rechts verhindert, zeigt erneut, dass sie auf dem rechten

Augen blind ist! Ich begrüße, dass die Staatsanwaltschaft sich nicht zum Instrument der CDU machen ließ und die Tafeln heute Vormittag wieder zurückgegeben hat. Dennoch war die vorübergehende Beschlagnahmung unverhältnismäßig!“

Knut Korschewsky wandte sich ganz entschieden gegen die „ungeheuerliche Hetzkampagne der CDU-Hassprediger Mario Voigt und Stefan Gruner gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten.

„Wer die VVN-BdA kriminalisieren will, hat die Geschichte nicht verstanden oder will sie nicht verstehen. Tausende Mitglieder dieser Organisation – im Übrigen auch viele CDU-Mitglieder – haben die Greuel des Faschismus am eigenen Leib verspürt. Sie nun als Extremisten zu bezeichnen, ist eine Beleidigung und Verhöhnung dieser Menschen. Voigt und Gruner stellen sich mit ihren Äußerungen in die Reihe populistischer Stammtischparolen von Sarrazin, Westerwelle und Koch, die in der Ausstellung kritisiert werden.“

Mit ihren Äußerungen delegitimierten Voigt und Gruner auch die Thüringer Staatsanwaltschaft, die nichts an den beanstandeten Tafeln der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ auszusetzen hat, sowie 50 Städte und Kommunen, in denen die Ausstellung der VVN/BdA gezeigt wurde. „Im Übrigen sollte Voigt wenigstens richtig recherchieren und nicht nur abschreiben, wenn er sich über die Geschichte des heutigen VVN/BdA äußert“, so Korschewsky.

Auf den zwei beschlagnahmten Tafeln

werden „inhaltliche Parallelen“ zwischen Positionen der extremen Rechten und rechtspopulistischen Äußerungen von Politikern von CDU und FDP aufgezeigt und mit Zitaten von Roland Koch (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) veranschaulicht. Zudem wird auf personelle Kontinuitäten zwischen dem NS-Staat und der frühen BRD, mangelnde Ahndung von NS-Verbrechen sowie die lange verweigerter Anerkennung der deutschen Ostgrenze hingewiesen.

Das örtliche „Bündnis gegen Rechts“ hatte die Ausstellung, die Eigentum der „Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ ist, ins Rathaus Suhl geholt. Zur Ausstellungseröffnung am 23. Februar hatte Bodo Ramelow demonstrativ und solidarisch teilgenommen. „Eine solche massive Einschüchterung und skandalöses Vorgehen nehmen wir nicht hin, es gilt Gesicht zu zeigen“, betonte der LINKE Politiker.

Die Landtagsfraktion der LINKEN wird die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in den Landtag holen und öffentlich zeigen, damit sich jeder selbst ein Bild machen kann.

DIE LINKE kritisierte auch deshalb die Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens, weil die Inhalte der Ausstellungstafeln problemlos mit einem Klick im Internet zu besichtigen sind: <http://neofausstellung.vvn-bda.de/> sowie als verlinkt unter

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) und

[www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de)

**»Neofaschismus in Deutschland«**

Die Eröffnung der Ausstellung erfolgte am 23. Februar um 16 Uhr durch Bürgermeister Herrn Lamprecht und Vertreter des Suhler "Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus"

Mittwoch, 23. Februar 2011 - Donnerstag, 31. März 2011 Neues Rathaus Suhl, Foyer

**Impressum**

*Und es wird in jener Zeit Gerichte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.*  
*Langweiliger Prophet*

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: [WKB-Berninger@t-online.de](mailto:WKB-Berninger@t-online.de)  
 Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.04. 2011. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>

# Lernende Reformpolitik

**Regionalkonferenz der Landesverbände Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zur Programmdebatte am 12. Februar in Eisenach – ein guter Auftakt zur Weiterführung der Programmdebatte der LINKEN**

Es war eine gute Konferenz nicht nur von der Organisation und der Teilnahme von GenossInnen aus den beteiligten Landesverbänden. Auch unser Kreisverband war mit zehn GenossInnen gut vertreten. Die inhaltlichen Themen und der Wille zur gemeinsamen konstruktiven Debatte bestimmten das Klima dieser Regionalkonferenz, bei allen unterschiedlichen Sichten zu den einzelnen Themen.

Natürlich konnte nicht die gesamte Bandbreite der Programmdebatte in der Zeit von 10.00 bis

16.30 Uhr abgearbeitet werden. Es ging um einzelne Akzente und inhaltliche

Schwerpunkte aus den Ergebnissen der bisherigen Programmdebatte. Erinnert sei hier an den letzten Landesparteitag, der bereits die Ergebnisse der Arbeit der vom Landesvorstand berufenen Programmgruppe diskutierte, die als ein Thüringer Beitrag zur Programmdebatte beschlossen wurden. Nun folgte der nächste Schritt mit dieser Regionalkonferenz.

Der Landesvorsitzende, Genosse Knut Korschewsky, verwies in seinem Einleitungsbeitrag auf die traditionsreichen Thüringer Städte Eisenach (1869), Gotha (1875) und Erfurt (1891), in denen auf Parteitag der revolutionären deutschen Sozialdemokratie Parteiprogramme beschlossen wurden. Nunmehr soll, in dieser Tradition stehend, auf dem nach Erfurt einberufenen Parteitag der Partei DIE LINKE vom 21. bis

23. Oktober 2011 erneut ein Erfurter Programm beschlossen werden, in dessen Debatte wir seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres stehen. Bereits das Impulsreferat von Prof. Dr. Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Thema „Demokratischer Sozialismus – Arbeitsbegriff und Eigentum“ auf der Eisenacher Regionalkonferenz gab Anregungen und Sichten. So z.B. mit dem Verweis, dass die Diskussion um Programmatik ein ständiges Weiterschreiben derselben erfordert, dass es um lernende Reformpolitik geht, dass Programmatik immer eine offene Zukunft beinhalten muss, dass Programmatik auch dramatische Situa-

tionen beinhalten kann. Es muss in dieser gegenwärtigen Debatte um die soziale Frage, die demokratische Frage und die ökologische Frage gehen. Gerade das Letztere, es ist eine Überlebensfrage der Menschheit, sollte stärker von LINKEN in den Mittelpunkt gestellt werden. Diesem Beitrag schlossen sich Beiträge aus den Landesverbänden an. In der anschließenden offenen Plenumsdiskussion kamen noch 13 GenossInnen aus allen teilnehmenden Landesverbänden zu Wort. Der

Nachmittag war von 13.30 bis 15.30 Uhr den Diskussionen in den thematischen Arbeitsgruppen gewidmet: „Frieden“ mit Stefan Liebich, „Zukunft der Arbeit“ mit Katja Kipping und „Europa“ mit Gabi Zimmer an. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sollen zusammengefasst werden und in die weitere Arbeit der Programmgruppe des Landes-

vorstandes, die unter Leitung von Dieter Hausold steht, einfließen. Erste Thesen aus den Arbeitsgruppen wurden im Abschlussplenum vorgetragen.

Mit einem Schlusswort von Dieter Hausold endete dieser arbeits- und erfolgreiche Tag. Sicher hätte sich mancher der Teilnehmer noch andere inhaltliche Aussagen gewünscht. Jedoch war nach meiner Auffassung nicht mehr drin.

Soweit zu dieser Regionalkonferenz. Wie geht es nun weiter?

Am 29. März werden der Landesvorstand, der Landesauschuss und die Thüringer Delegierten des Bundesparteitages in einer gemeinsamen Zusammenkunft die Vorschläge beraten, die bis zum 31. März an die Programmgruppe des Parteivorstandes eingereicht werden. Das sollen Anträge sein, die bereits in die Überarbeitung des Programmwerfes kommen sollten.

Nach der Veröffentlichung des Entwurfs des Leitantes durch den Parteivorstand geht es dann um konkrete Abänderungs- bzw. Ergänzungsanträge an den Bundesparteitag über die Antragskommission des Parteitages. Somit dient unsere geplante Kreismitgliederversammlung am 13. Mai im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg, zugleich einer ersten Antragsberatung.

Dies ist die Antwort auf das „Wie weiter?“ in der Programmdebatte.

*Jochen Traut*

**Gemeinsam.**

## Jahresauftakt 2011

Zu einer Jahresauftaktveranstaltung hatte Petra Enders am 3. Februar 2011 in ihr Wahlkreisbüro nach Ilmenau eingeladen. Gekommen waren Aktivistinnen der Partei aus Ilmenau, Gehren, Langewiesen, Elgersburg und Geraberg. Petra Enders dankte für die Unterstützung im vergangenen Jahr und hofft, dass die gute Zusammenarbeit 2011 fortgesetzt werden kann. Arbeitsschwerpunkt für dieses Jahr wird der Kampf gegen die 380 kV-Leitung sein. „Mit der Einführung der Hochtemperaturseiltechnologie auf bestehenden Trassen gibt es eine Alternative zum Natur zerstörenden Freileitungsbau durch Thüringen, über den Rennsteig nach Bayer“, hob sie in ihrer mit Beifall bedachten Ansprache hervor und betonte, „dass sie weiterhin versuchen wird, in ihrem Amt als Bürgermeisterin der Stadt Großbreiten-



bach beispielhaft vorzumachen, wie linke Politik in der Praxis umgesetzt werden kann“. Als Beispiel nannte sie das Großbreitenbacher Projekt „Energieautarke Stadt“. Petra freute sich über die Resonanz zur Initiative ihrer Heimatstadt zum Bürgerbeteiligungshaushalt und dankte der Ilmenauer Stadtratsfraktion der

Linken für ihr Engagement in dieser Sache.

Der Abend klang in gemütlicher Runde und vielen Gesprächen bei guter Bewirtung, für die in gewohnter Weise Herbert Bachmann verantwortlich war, aus.

### Petra Enders:

## Grundsätze des Klimaschutzes müssen gesetzliche Grundlagen der Raumplanung werden

„Die Grundsätze des Klimaschutzes müssen zur gesetzlichen Grundlage der Raumplanung in Thüringen werden“, so das Fazit der Abgeordneten der Linksfraktion, Petra Enders, nach der Debatte über Rechtssicherheit in Thüringen bei der Erarbeitung eines künftigen Landesentwicklungsprogrammes.

„Dazu gehört die verbindliche Ausweisung von Vorbehaltsflächen für Windkraftanlagen genauso dazu wie für die Freiflächenphotovoltaik, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft“, macht die Politikerin deutlich. „Der

regionale Mix macht es. Und wenn es um die Akzeptanz geht, ist neben den Ausbauszenarien für die Erneuerbaren, die Steigerung der Energieeffizienz untrennbarer Bestandteil verantwortungsvoller Politik“, ist sich Frau Enders sicher.

Petra Enders: „Verantwortungsvolle Politik zeichnet sich aber auch dadurch aus, den ländlichen Raum in seiner ganzen Komplexität zu entwickeln. Es geht nicht nur um Flächen für die Energieerzeugung sondern auch um die Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen

und damit um die Wahrnehmung vieler Thüringerinnen und Thüringer, die die öffentliche Daseinsvorsorge vielfach als bedroht ansehen“.

Abschließend unterstreicht die Landespolitikerin: „Wer die Klimaschutzziele ernst nimmt, muss in der Raumordnung den Weg für die erneuerbaren Energien ebnen und nicht versperren und wer dabei die Menschen mitnehmen will, muss nicht nur den raschen Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben, sondern auch Bedingungen für die dafür notwendige Akzeptanz schaffen“.

**Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.**

## Kein Autobahnmuseum an der A 71 bei Gräfenroda

„An der geplanten Autobahnraststätte ‚Thüringer Wald‘ unmittelbar an der Anschlussstelle ‚Gräfenroda‘ der A 71 wird es kein eigenständiges Autobahnmuseum geben“, informiert der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Frank Kuschel. Auf Anfrage des Linkspolitikers informierte die Landesregierung darüber, dass es ein Autobahnmuseum an der A 71 in der ursprünglich geplanten Form nicht geben wird.

Die Idee für ein solches Autobahnmuseum entstand im ehemaligen Initiativkreis „Bundesautobahnmuseum Gera-

berg“, dessen Mitglieder später den „Förderverein Initiativkreis Thüringer Waldautobahn e.V.“ gründeten. Die Finanzmittel für ein derartiges Museum sollten von Sponsoren sowie von Bund und Land beschafft werden. Ein solches Millionenprojekt konnte vom Förderverein jedoch nicht umgesetzt werden. Deshalb wurde die Vorstellung entwickelt, anstelle eines eigenständigen Museums die geplante Raststätte „Thüringer Wald“ thematisch im ursprünglichen musealen Sinne auszugestalten. „Es ist erfreulich, dass das Land

diese Anregung des Vereins aufgegriffen hat und gegenwärtig die Ausschreibungsunterlagen für die Raststätte überarbeitet“, so der Linkspolitiker weiter.

Weil hier „Neuland“ beschriftet wird, hat sich die europaweite Ausschreibung verzögert. Derzeit laufen noch Abstimmungen mit dem Bund. „Offen ist gegenwärtig, wann die Ausschreibung erfolgt und ob sich ein Investor dieser Herausforderung der Errichtung und Betreuung einer Raststätte mit musealer Ausrichtung stellt“, stellt Frank Kuschel abschließend fest.

## WAZV Arnstadt ist Landesspitze beim Sitzungsgeld

„Die Bürgermeister in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt haben sich selbst das höchste Sitzungsgeld im Thüringen weiten Vergleich genehmigt“, informiert der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Frank Kuschel, der auch Mitglied des örtlichen Verbraucherbeirates ist. Auf Anfrage des Linkspolitikers hat die Landesregierung mitgeteilt, dass bei den geprüften 40 Zweckverbänden das Sitzungsgeld zwischen 10 und 50 Euro pro Sitzung beträgt. Das höchste Sitzungsgeld von 50 Euro wird jedoch nur in den beiden Zweckverbänden Arnstadt und Ilmenau gezahlt.

Man kann trefflich darüber streiten, ob 50 Euro Sitzungsgeld angemessen ist. Aber unbestritten belastet das Sitzungsgeld die Wasser- und Abwassergebüh-

ren. „Umstritten ist für mich das Sitzungsgeld, weil die Bürgermeister bereits von ihren Gemeinden für alle Aufwendungen eine pauschalierte Aufwandsentschädigung erhalten, die auch die Arbeit in Zweckverbänden einschließt“, so Frank Kuschel.

In einer Phase, in der im Zweckverband heftig über die Höhe der Gebühren und Beiträge diskutiert wird, bleibt die Einführung des Sitzungsgeldes durch die Bürgermeister für sich selbst ein falsches Signal. Öffentliches Misstrauen wird auch dadurch entfacht, dass sie bestimmte Vorgänge im Zweckverband geheim halten, so die Bezahlung der Werkleitung und die unentgeltliche Nutzung von Dienstwagen für Privatfahrten. Auch ist zu berücksichtigen, dass auf Beschluss der Bürgermeister bereits

seit mehreren Jahren aus den Überschüssen der Wassergebühren jährlich hohe Beträge an die Mitgliedsgemeinden ausgeschüttet werden. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Steuerpflichten müssen auch die Gebührenzahler tragen. „Die Wassergebühren könnten um rund 10 Prozent gesenkt werden, wenn die Bürgermeister die Gebühren nicht als Einnahmequelle ihrer Gemeinden ansehen würden“, so Frank Kuschel.

Der Linkspolitiker fordert abschließend die Bürgermeister auf, die bisherige Praxis beim Umgang mit den Gebühren der Verbraucher endlich zu beenden und sich stattdessen als Treuhänder der Gebührenzahler zu verstehen.

## Einladung zum Frauentag

Liebe Genossinnen,

in diesem Jahr wird der Internationale Frauentag zum 100. Male begangen. Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Ilm-Kreis lädt aus diesem Anlass zu einer feierlichen Zusammenkunft am Freitag, dem 11. März 2011, um 14.00 Uhr nach Ilmenau, „Hotel Tanne“, Lindenstraße 38, recht herzlich ein.

Programm:

- Begrüßung, Kreisvorsitzender Eckhard Bauerschmidt
- Programm der Musikschule
- Ansprache der Landtagsabgeordneten Petra Enders und Sabine Berninger
- gemütlicher Ausklang bei Kaffee und Kuchen

Bauerschmidt Kreisvorsitzender

## Der Stadtvorstand Ilmenau informiert:

Am 16. Februar tagte der Stadtvorstand Ilmenaus. Neben der Vorbereitung der Mitgliederversammlung stand die politische Arbeit zur Diskussion. Politischer Stammtisch und Veranstaltungen der Rosa Luxemburg Stiftung sollen weiter parallel durchgeführt werden, um Mitgliedern, Sympathisanten und interessierten Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich mit Themen linker Politik auseinanderzusetzen.

Genosse Mitzschke informierte über die Veranstaltung zur Programmdebatte in Eisenach und den geplanten Erfahrungsaustausch mit den Suhler Genossen. Weiterhin wurden über die Gestaltung der Ilmenauer Seiten im Linken Echo Gedanken ausgetauscht. Der Stadtvorstand strebt dabei an, diese auch mehr zur innerparteilichen Information und Kommunikation zu nutzen. Genosse Leuner ergriff die Möglichkeit, die Genossen über die kom-

munale Politik und die Haltung der Fraktion zu verschiedenen Fragen zu unterrichten. Darüber hinaus informierte er den Vorstand über das Gespräch mit Petra Enders, die Zusammenarbeit mit den Ilmenauer Genossen und ihre Präsenz in der Stadt betreffend. Es tauchte der Gedanke auf, neben dem geplanten Sommerfest am 25. Juni ein Kinderfest zu organisieren.

## Wie wir Opposition verstehen

Erfahrungsgemäß gibt es auch in unserer Partei unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen, wie Opposition aussehen soll. Der Begriff ist aus dem lateinischen Wort *oppositio* (das Entgegengesetzte) abgeleitet. Das kann etwas sein, das man entgegengesetzt oder aber das Gegenteil bedeuten. In der Kommunalpolitik ist das schwierig und sehr oft auch gar nicht nötig. Bei den meisten Entscheidungen gibt es keinen Spielraum durch Gesetze und Vorschriften, aber auch durch den gemeinsamen Willen, das Beste für die Kommune zu erreichen. Letzterem sind alle Parteien und Gruppierungen verpflichtet. Danach werden wir auch von den Wählern beurteilt. Wie Oppositionsarbeit konkret gestaltet wird, hängt von vielen Bedingungen ab und ist damit schwer zu verallgemeinern.

Ilmenau steht wirtschaftlich recht gut da und die Stadt ist bisher mit seiner Verwaltung und dem Stadtrat gut gefahren. OB Seeber ist beliebt, hat bei der OB-Wahl immer an die 70% und holt für die CDU in der Stadtratswahl die entscheidenden Stimmen. Die SPD ist durch Bürgermeister Acker und Amtsleiter Krause (Kultur und Soziales) fest eingebunden. Die Freien Wähler stellen den Beigeordneten und die nötigen Stimmen im Stadtrat.

Keine Fraktion hat „aufstrebende“ Kader, die sich profilieren müssen. Das tut der Zusammenarbeit gut. Viele Stadträte kennen sich noch von früher. Das schützt etwas vor Übertreibungen in jeder Richtung. Damit kommt für uns nur die Rolle einer konstruktiven Opposition mit eigenen Schwerpunkten infrage. Dazu sind wir mit unserer personellen Besetzung gut gerüstet. Das wird von fast allen Stadträten anerkannt.

Die Stadt zeigt ein soziales Gesicht. Steuern wurden vergleichsweise moderat gestaltet, Eintrittspreise

und Gebühren sind relativ niedrig, Zuschüsse für soziale Einrichtungen sowie Kultur- und Sportvereine sind vorbildlich. Erhöhungen wurden der Opposition bisher nicht zugemutet. Ein Mangel in der Ilmenauer Politik war bisher die Einbeziehung der Einwohner in wichtige Entscheidungen. Aber auch da sind wir mit unserer Initiativfunktion ein gutes Stück vorangekommen. Unsere Forderungen nach regelmäßigen Einwohnerversammlungen und die Einführung einer Bürgerfragestunde sind durchgesetzt.

Im letzten Jahr gab es erstmals Elemente eines Bürgerbeteiligungshaushaltes. Die Einwohner konnten Vorschläge zum Haushalt einreichen. Die 35 eingegangenen Vorschläge wurden respektvoll behandelt und in den Ausschüssen beraten. Für die Gestaltung des Bahnhofes (Technologie Terminal Ilmenau) wird zu einem Ideenwettbewerb aufgerufen und eine Projektgruppe gebildet. Das kann als Vorbild für die konkrete Einbeziehung der Bürger dienen.

Wir haben in letzter Zeit eine Reihe konkreter Vorschläge durchgebracht, wenn auch manchmal über Umwege. Die Stolpersteine, der Bau eines Kolonbariums und last not least die Verhinderung der Seilbahn auf den Kickenhahn seien als Beispiele genannt. Wir vermeiden dabei ein allzu lautes „Kikeriki“! Jeder muss sein Gesicht wahren können. Wir bereiten die meisten Anträge in den Ausschüssen vor und suchen Bundesgenossen in allen Fraktionen. Reine „Schaufensteranträge“ lehnen wir ab. Immer steht die Realisierbarkeit im Vordergrund. Das macht eine pauschale Ablehnung wesentlich schwieriger. Keinen Fortschritt haben wir bisher bei der Arbeit mit langfristigen Plänen erzielt. Dort wird uns noch immer eine Liebe zum Fünfjahrplan entgegengehalten.

Der OB will immer die

Richtung vorgeben und nach seinem Gusto entscheiden. So wird der Stadtrat bei größeren Vorhaben erst einbezogen, nachdem eine Studie vorliegt. Das gab in der Vergangenheit, z.B. beim Bau der Eishalle aber auch bei der Seilbahn reichlich Konfliktstoff, bis hin zu einer Beschwerde bei der Kommunalaufsicht.

Die Stadtentwicklungskonzeption sowie der Finanzplan sind noch immer nicht Arbeitsgrundlage für den Stadtrat und seine Ausschüsse. Das wollen wir ändern! Schwerpunkte unserer Arbeit werden die Qualifizierung einer Tourismuskonzeption, die ökologische Entwicklung sowie eine Energiekonzeption sein. Für letzteres hat Ilmenau gute Voraussetzungen, da wir starke Stadtwerke haben. Die kommunale Daseinsfürsorge steht auf stabilen Füßen. Eine schwierige Frage wird auch die sicher anstehende Steuererhöhung, die von der Landesregierung finanziell erpresst wird. Im Namen der Stadt müssten wir eigentlich zustimmen. Hat aber unsere Verwaltung wirklich ihre Möglichkeiten des Protestes gegen diese Vorgehensweise genutzt? In Erfurt waren sie jedenfalls nicht an der Seite der Bürgermeister. Das macht uns die Entscheidung nicht leicht.

Wenn wir unser politisches Gewicht vergrößern wollen, müssen wir auch auf konkrete Forderungen der Bürger eingehen und für sie einen Gebrauchswert haben. Das ist uns bei der Rettung der Kindereinrichtung in der Kepplerstraße gut gelungen. Ähnliche Möglichkeiten sind aber eher selten. In letzter Zeit haben wir uns für das Wohngebiet am Eichicht engagiert. Das sollte planmäßig geschliffen werden. Jetzt ist die Zukunft des Wohngebietes erst mal gesichert. Dazu haben wir auch unseren Einfluss im Aufsichtsrat der Ilmenauer Wohnungsgesellschaft genutzt. Es gibt jedenfalls noch viel zu tun. Gestalten macht aber mehr Spaß als fundamental zu opponieren. Die schweren Entscheidungen kommen durch die sich abzeichnende Finanzierungskrise noch!

Dr. Klaus Leuner

[www.die-linke-ilmenau.de](http://www.die-linke-ilmenau.de)

## Petra Enders: Hartz IV - Kompromiss ist ein Hohn

„Es ist unerhört, dass der hiesige Bundestagsabgeordnete Tankred Schipanski (CDU), die nach Monate langen Gezerre zu Stande gekommene vermeintliche Einigung bei Hartz IV noch als Erfolg verbuchen will“, empört sich die Landtagsabgeordnete der Linken, Petra Enders.

„Nicht nur die mickrigen 5 Euro Erhöhung des Arbeitslosengeld II sind ein Hohn. Was das Bürokratiemonster zur Unterstützung bedürftiger Kinder bei Bildung und Freizeit den Kreisen und Kommunen tatsächlich kostet, muss erst mal abgewartet werden und ob dann der Bund noch als der „verlässliche Partner der Städte und

Gemeinden“ (Zitat Schipanski) da steht, wollen wir erst mal sehen“, sagt die erfahrene Politikerin weiter.

„Völlig Ursache und Wirkung hat Herr Schipanski bei der Grundsicherung verwechselt“, fährt Petra Enders fort. Sie stellt klar: „Nicht die demographische Entwicklung ist „Schuld“ daran, dass künftig die Kosten für die Grundsicherung steigen. Ursache für diese Entwicklung sind Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Bezieher von Hartz IV, Beschäftigte im Niedriglohnbereich oder Selbständige, die nicht genug verdienen, um freiwillig Rentenbeiträge einzuzahlen. Das

da der Bund künftig die Kosten übernimmt, ist das mindeste. Entlastet werden die Kommunen damit allerdings nicht!“

Eine spürbare Entlastung wären dauerhafte, gut bezahlte Arbeitsplätze für alle, die in einem öffentlichen Beschäftigungssektor mit einbezogen. Selbst der jetzige Aufschwung geht an vielen Familien vorbei.

„Ich kann nur hoffen“, so Petra Enders abschließend, „dass der faule Hartz IV - Kompromiss vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert und damit die Hartz IV Gesetze insgesamt“.

## Petra Enders: Es geht also doch!

„Es geht also doch“, so die Landtagsabgeordnete der Linken und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders, in einer ersten Stellungnahme auf die Ankündigung des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission, in Mecklenburg-Vorpommern Hochtemperaturseile für die Überlandübertragung größerer Strommengen zu testen. „Unverständlich ist aber die Aussage von 50 Hertz Transmission, dass diese Alternative für Thüringen zu spät kommen soll“, so die Politikerin weiter. Bereits 2007 haben die von den Bürgerinitiativen und Kommunen beauftragten Gutachter Jarass und Obermair das Auswechseln herkömmlicher Leiterseile durch Hochtemperatur-

seile auf bestehenden Hochspannungsleitungen als Möglichkeit aufgezeigt, um die Kapazitäten für die Durchleitung von Windstrom im Netz zu erhöhen und dabei auf vergleichbare Projekte in den USA und Japan verwiesen.

„Das ist über Jahre hinweg ignoriert worden“, macht Petra Enders ihren Unmut über diese Technologiefeindlichkeit eines Energiekonzerns deutlich, um nachzuschieben: „Aber auch die Landesregierung hat versagt. Sie hat entsprechende Vorschläge der Linksfraktion nicht aufgegriffen und stattdessen den Bau der 380 kV-Freileitung durch Thüringen nach Bayern über den Rennsteig als alternativlos dargestellt. Bis heute.“

„Ein Fehler, der aber noch zu korrigieren ist! Noch ist Zeit. Es gibt keine Entscheidung für eine Baugenehmigung und damit die Chance, dass sich alle, Bürgerinitiativen, Wissenschaftler, 50 Hertz Transmission, Kabelhersteller und Politik an einen Tisch setzen, um zu überlegen, wie die Anforderungen höherer Stromübertragungskapazitäten für Windstrom in Thüringen ohne eine neue, Natur und Landschaft zerstörende 380 kV-Freileitung erreicht werden können“.

## Linker kindernaher Tag zum 1. Juni geplant

## Kreisvorstand ruft auf – Ideen und Engagement für die Kinder- und Jugendarbeit gefragt

Ideen und Vorschläge für eine LINKE Kinder- und Jugendarbeit, die die Ilmenauer Genossin Cordula Giewald unterbreitet hatte, waren Gegenstand einer Diskussion in der letzten Sitzung des Kreisvorstandes am 9. Februar.

Cordula erläuterte ihre Motivation, hat sie doch selbst eine Tochter und in Erinnerung an die Pioniernachmittage in der DDR die Vorstellung, dass die LINKE – zunächst in Ilmenau beginnend – neben den Veranstaltungen für die Erwachsenen ein entsprechendes Angebot für Kinder machen sollte. Dabei sollte der Spaß im Vordergrund stehen und langfristig Interesse wecken an Politik und dem, was die

LINKE im Kreis tut.

Die GenossInnen sahen sich zunächst fragend an, denn die Zahl der Kinder in unserem Umfeld ist sehr überschaubar. Aber weitet man den Blick hin zu den Enkelkindern, zu einem größeren Umfeld, könnten Mädchen und Jungen gezielt angesprochen und eingeladen werden – zum Beispiel zu einer Veranstaltung zum Internationalen Kindertag. Das hat dann der Kreisvorstand auch gleich so beschlossen: Es soll um den 1. Juni einen „kindernahen“ Tag geben. Ob es um Schluss die von Eckhard Bauerschmidt vorgeschlagener Kremserfahrt in die Natur mit Sport- und Spielstationen wird oder

ein Ausflug zur Sternwarte Kirchheim, wie es Thomas Schneider einbrachte, oder etwas ganz anderes, das wird in den nächsten Wochen konkretisiert.

Und wie die LINKE so ist, wer Ideen und Vorschläge unterbreitet, der bekommt auch gleich den Hut dafür auf. Cordula Giewald erwartet natürlich die notwendige Unterstützung. Dass sie diese nicht nur durch den Kreisvorstand bekommt, dafür sind alle gefragt. Auch die Stadtvorstände der LINKEN und die Basisorganisationen im Kreis sind aufgerufen, sich mit eigenen Initiativen für einen LINKEN Neubeginn bei der „Kinderarbeit“ einzusetzen.

## Die Wiener Verhandlungen sind gescheitert – Kriegserfahrene Militärs werden nach Deutschland (in die DDR und in die BRD) entsandt.

*Fortsetzung der Artikelserie „Historische Ereignisse“, Teil 4*

Es geht in diesem Teil der Artikelserie im Wesentlichen um die Darlegung von historischen Fakten aus nunmehr bekannten Quellen, die konkret benannt werden. Auf Interpretationen wurde dabei weitestgehend verzichtet.

Chruschtschow und Kennedy konnten sich in Wien nicht einigen. Die Sowjetunion beharrte immer noch auf den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Umwandlung von Westberlin in eine „Freie und entmilitarisierte Stadt“. Nach den Gesprächen in Wien ging es um die Autorität und Glaubwürdigkeit von Chruschtschow und damit der Sowjetunion. Entweder musste in den nächsten sechs Monaten ein Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen werden oder für den Krisenherd Westberlin müsste eine andere Lösung gefunden werden, ohne das Gesicht zu verlieren. Die konkrete Aussage dazu lautete: Sollten die Westmächte nicht bereit sein, diesen Vorschlag anzunehmen, so würde die Sowjetunion einen solchen Friedensvertrag allein mit der DDR abschließen und damit zugleich alle Hoheitsrechte, Berlin-West betreffend, einschließlich der Kontrollen von und nach Berlin-West zu Lande, auf dem Wasser und der Luft den staatlichen Organen der DDR übergeben. Dies würde die Rechte der westlichen Alliierten in Berlin-West einschränken. Damit wäre der Frieden, so die Auffassung der USA und ihrer westlichen Verbündeten, auf das äußerste bedroht.

„Auf Grund der brisanten militärpolitischen Lage im Zusammenhang mit Westberlin wurde Anfang 1961 als Bevollmächtigter von Chruschtschow Marschall der Sowjetunion Konew, ein bekannter Heerführer

des 2. Weltkrieges und erster Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, als Oberkommandierender der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland eingesetzt. Gegenüber dem Westen sollte dies eine Drohung sein: Wir warnen euch – wir machen ernst.

Auch Kennedy hat als militärpolitische Schlussfolgerung zu der sich anbahnenden Krise in Zentraleuropa als seinen Bevollmächtigten den erfahrenen Weltkriegsgeneral und kampflustigen Helden der Luftbrücke, General Clay, entsandt. Auch er dokumentierte ebenfalls damit: Wir sind zu allem bereit!“ [1]

Um die zugespitzte Situation noch einmal aus militär-politischer Sicht zu verdeutlichen. Mit der Entsendung von Marschall Konew in die DDR gab es praktisch für die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) von Anfang 1961 bis Mitte April 1962 zwei Oberkommandierende. Einmal Marschall Konew als Sonderbeauftragten Chruschtschows für alle militärischen Entscheidungen und Maßnahmen. Zum anderen Generaloberst Jakubowski für die Gefechtsbereitschaft und Ausbildung der Truppen der GSSD. Oder: nach außen Konew, nach innen: Jakubowski.

Die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg hatte auch im Sommer 1961 erhebliche Auswirkungen auf ökonomische und militärische Maßnahmen durch die Führung der DDR. Bereits am 15. Juli 1961, also vier Wochen vor der Grenzschließung in Berlin, erhielt Minister Hoffmann vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Gretschko, einen Befehl über Maßnahmen, die die DDR zu treffen hatte. (auf Details dieses Befehls wird in der Folge 5

dieser Artikelserie eingegangen)

Dass die Führungsmacht der NATO, die USA, die Lage in Europa im Sommer 1961 genauso brisant einschätzte, geht aus Folgendem hervor: Am 19. Juli 1961 hat der amerikanische Präsident nach sechs Wochen intensiver Arbeit seine Entscheidungen bekannt gegeben. (fast der gleiche Zeitpunkt wie die Weisung Gretschkos)

- Zusätzliche Forderungen zugunsten des Militärhaushaltes von 3,2 Milliarden Dollar
- Sonderermächtigung für die Einberufung von Reservisten ohne Mobilmachung
- Die Einberufungsquote soll mehr als verdreifacht werden.
- Westberlin sollte in den Verteidigungszustand versetzt werden.“ [2]
- Die Gefahr eines Krieges in Europa war im Sommer 1961 groß. Es ging um den Erhalt von Positionen, die mit dem Fortbestand der Beschlüsse der Mächte der Antihitlerkoalition in Potsdam im Sommer 1945 in Bezug auf Deutschland getroffen waren. Dabei spielte die Klärung der Westberlin-Frage die Schlüsselrolle.

*Jochen Traut*

*Quellen 1 und 2, Rede von Generaloberst a.D. Fritz Strelitz. Herbsttreffen 2010.*

*In: grh Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung e.V., Sonderdruck der Arbeitsgruppe Grenze. Seiten 28 - 34*

## Ein wenig Hoffnung und wenig Konkretes

### Gedanken zum Fortschrittsprogramm der SPD

Die mächtige Sozialdemokratische Partei hat gekreist, und ein Fortschrittsprogramm in die Welt gebracht. Die beiden Paten, die am Wochenbett standen hießen Hoffnung und Sorge. Hoffnung, verlorene Positionen im Streit der Ideen zurückerobern zu können und Sorge ob der immer weiter abrutschenden Umfragewerte. Nun sind dies nicht die Münder, die sich ein Neugeborenes wünscht, aber, geschuldet der neoliberalen Ausrichtung Schröder'scher Politik, nahmen breite Teile der Deutschen die „gute alte Tante“ SPD eben nicht mehr als die wahr, die sie gern zu sein vorgibt, die sozial kompetente, den kleinen Leuten verpflichtete Partei. Nein, Hartz vier, die Rente mit 67, die Zusatzbeiträge der Krankenkassen und der Übergang in die privatfinanzierte Vorsorge erscheinen uns nicht als Wohltaten, ja noch nicht einmal als Notwendigkeiten, als die man sie uns verkaufen wollte. Grund genug, zurück zu rudern. Nun ist unsereiner ja der letzte, der nicht zugibt, dass man aus Fehlern lernen sollte, deshalb die berechnete Frage, glückte der Versuch? Wie immer bei Parteien, unsere nicht ausgenommen, steht am Anfang einer Geburt die Verkündung eines Abgangs. Zur Begründung der eigenen Ideen gleichsam. Die Sozialdemokratische Führung lässt das „alte Fortschrittsmodell“ der Bundesrepu-

blik dahinsinken. Was sich nun hinter dieser Nebelwand verbirgt, mag der Leser fragen, doch wohl nicht der Kapitalismus? Nein, keinen Grund zur Sorge oder übertriebenen Euphorie, je nachdem, wo der Betrachter politisch steht. Die Genossen der Programm-



*SPD-Genossen Noske und Ebert 1919 genießen die Früchte der Revolution in Travemünde.*

kommission haben etwas Prachtvolles ausgeklügelt, ein überaus anschauliches Bild. Der Kapitalismus wurde bisher sozial eingehegt. Schön, nicht? Die wilde Bestie, bedrohlich für die kleinen Leut` ,hinter einem Zaun verbannt, gebaut von den tapferen Genossen der SPD-Führung. Man muss

neidlos dem Erfinder dieser Metapher zugestehen, besser kann man es nicht machen. Da tauchen doch in unserem Gedanken die Urängste auf vor den wilden Wolfshorden, die das Dorf umkreisen und die tiefe Dankbarkeit für jene, die tapfer und selbstlos den Zaun ausbauen. Nur das kleine Kind hören wir nicht, das da fragt: „Warum machen sie die Wölfe nicht tot, Mama, dann hätten wir doch Ruhe?“

Weiter im Text. Wie will die SPD nun den Deutschen wieder das Gefühl vermitteln, sie und nur sie verstrahle die soziale Wärme, nach der wir uns alle so sehnen. Indem sie Ziele formuliert. Seht, ruft sie aus, dorthin wollen wir kommen, wir wollen den Sozialstaat erneuern, und die Kassenpatienten mit den Privaten gleichstellen, alle sollen die Krankenkassen finanzieren, die Pflege wird verbessert werden, die Arbeitslosigkeit verringert, die Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen erhalten Unterstützung, Leiharbeit wird nicht mehr missbraucht... Oh du Paradies der Werktätigen möchte ich ausrufen, wäre ich nicht ein gebranntes Kind. Deshalb, fußend auf bitterer Erfahrung, stellt sich mir die Frage: die Ziele sind benannt, wo bitte geht's zum Paradies?

*Karl-Heinz Mitzschke*

## Einladung zur Ausstellung

### 100 Jahre Internationaler Frauentag - Wir kämpfen weiter!

*Am 10. März 2011 wird in den Räumen der Landtagsfraktion DIE LINKE die Ausstellung „Die Lage der Frauen in den Zeiten des Empire“ von Ellen Diederich eröffnet. Beginn ist um 13:00 Uhr im Landtag, Fraktionsgebäude, Flur 4. Etage.*

*Anschließend findet im Haus Dacheröden in Erfurt eine Festveranstaltung unter dem Motto: „100 Jahre Frauentag - Wir kämpfen weiter!“ statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird erstmalig der Frauenpreis der Partei DIE LINKE. Thüringen verliehen. Ausrichter sind der Landesverband DIE LINKE. Thüringen, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag und das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR). Vorgeschlagen für die Auszeichnung ist auch das Frauen- und Familienzentrum Arnstadt.*

## Zur Bahnstrecke Gotha – Gräfenroda

„Raus aus die Kartoffeln – rin in die Kartoffeln!“, heißt es im Volksmund, wenn eine gestern gefällte Entscheidung am nächsten Tag und noch dazu aus keineswegs verstehbaren Gründen wieder umgeworfen wird: Vor 13 Jahren war der Verkehr zwischen Gräfenroda und Crawinkel mit der Begründung „unwirtschaftlich“ schon einmal eingestellt worden. Nach vielen Diskussionen hatte die DB AG endlich Sanierung und anschließende Wiederinbetriebnahme versprochen. Die gesteckten Termine – Baubeginn am 10. Juni, Zugverkehr ab 1. August 2002 – wurden selbstredend nicht eingehalten, dazu kamen uneinheitliche Haltungen der Anliegergemeinden: Crawinkel und Frankenhain befürworteten die Streckenerneuerung, Gräfenroda dagegen befürchtete hohe Kosten für die Gemeinde. Eine Verlegung von Betriebsstellen wurde ebenso abgelehnt wie eine Verlagerung des Schülerverkehrs auf die Bahn. Die Bewilligung eines Landeszuschusses von 546.000 Euro ermöglichte schließlich und endlich die Festlegung des Baubeginns für den 22. Juli, woran sich im August die Verlegung der ersten Schwellen anschloss. Damals waren insgesamt 3,46 Millionen Euro in den elf Kilometer langen Streckenabschnitt geflossen, bevor am 15. Dezember der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte. Dazu kam noch ein Mehrfaches dieser Summe, um die Streckengeschwindigkeit auf 80 km/h anheben zu können. Nun soll nach nicht einmal 10 Jahren erneut Ruhe einkehren, womit sich der genannte Betrag als zum Fenster hinausgeworfen erweisen würde. Private Kraftverkehrsunternehmen und natürlich deren Interessenverband wittern Morgenluft und freuen sich schon auf neue Einnahmequellen - in der trügerischen Hoffnung, dass das Reisendenaufkommen nun dem Bus zugute kommt, obwohl weder die von der Bahn berührten Orte durch eine einzige und damit durchgehende Buslinie bedient werden können, noch ange-

sichts der Straßenbelastung eine Erhöhung der Reisegeschwindigkeit zu erwarten ist: Da werden gestandene Eisenbahner des „Bahnlobbyismus“ bezichtigt, doch wenn hier von Lobbyismus gesprochen werden muss, dann wohl eher von einem in Interesse eines weiteren Anwachsens des Straßenverkehrs. Über die unbestreitbaren Vorteile der Bahn hinsichtlich Umweltverträglichkeit, spezifischem Energieverbrauch, Sicherheit, Beförderungskapa-

zität und –qualität reden zu wollen, hieße die sprichwörtlichen Eulen nach Athen zu tragen. Dazu braucht man nur beim Verkehrsfachleuten nicht gerade unbekanntes Prof. Dr. Hermann H. Saitz, lange Jahre Leiter des Büros für Verkehrsplanung bzw. Verkehrsdezernent in Erfurt und Stadtbaurat a.D., nachzulesen – in seinem Buch „Stadt und Verkehr“ finden sich nahezu alle bis heute Gültigkeit habenden Erkenntnisse. Zudem wird völlig außer Acht gelassen, dass der Bus nicht unabhängig vom übrigen Straßenverkehr ist – je dichter die Straßenbelegung durch individuelle und gewerbliche Kfz, desto mehr Behinderungen für den Busverkehr sind vorhanden. Auf der Straße deutlich häufiger auftretende Staus und Unfälle wirken sich ebenfalls negativ aus. Es geht letztlich nicht um die Frage Bus oder Bahn, sondern um das sinnvolle Zusammenwirken beider öffentlicher Verkehrsmittel. Was nun speziell die Bahnstrecke Gotha – Gräfenroda betrifft, so ist in Rechnung zu stellen, dass im Falle einer Verkehrseinstellung

die für Sanierung und Wiederinbetriebnahme aufgewendeten Gelder sowie Material, Zeit und Arbeit umsonst gewesen wären. Eine derartige Verschwendung wäre unverantwortlich, was die DB AG freilich schon 2007 nicht daran hinderte, die Strecke bereits wieder „auf den Prüfstand“ stellen zu wollen. Nein, es kann nur darum gehen, sowohl mehr Personen- als auch Güterverkehr auf die Strecke zu bringen. Ersteres ist zum einen natürlich eine Frage von Fahrpreis und Fahrplan, wofür die DB AG die Verantwortung trägt, zum anderen aber auch eine Frage der Abstimmung von Fahr- und Arbeitszeiten und des Interesses von Unternehmen an der Förderung eines öffentlichen statt eines umfangreiche Parkflächen erfordern individuellen Berufsverkehrs. So hat die Firma Kraftverkehr Nagel im Gewerbegebiet Emleben mit der Anpassung der Schichtzeiten an den Fahrplan der Bahn gezeigt, dass eine solche Abstimmung nicht nur möglich, sondern von beiderseitigem Vorteil ist. Vor allem aber muss der stärkeren Nutzung der Strecke für den Güterverkehr von Unternehmen und DB AG gemeinsam viel mehr Interesse geschenkt werden. Da gibt es zwar eine schöne neue Anschlussbahn von immerhin zwei Kilometern Länge ins Ohrdruffer Gewerbegebiet, doch wie wird sie genutzt? Statt ihrer größtmöglichen Auslastung wurde 2009 in einem als „Versuch“ getarnten Schildbürgerstreich Zwieback vom dort angesiedelten Hersteller per Riesen-Lkw, jenen heftig umstrittenen und als weitere Bahnkonkurrenz gedachten 25 Meter langen „Giga-Linern“ mit 60 Tonnen Gesamtmasse, nach Gotha gebracht, obwohl die Frachten gleich an Ort und Stelle auf die Bahn verladen werden konnten. Auf der Anschlussbahn jedoch wurde laut Internet-Lexikon WIKIPEDIA noch nie ein Zug gesehen! Im an den Strecken Saalfeld – Gera und Gera – Mehltheuer (- Hof) gelegenen Weida dagegen trat ein Matratzenhersteller vom bereits genehmigten Vorhaben



*Eine Verkehrseinstellung würde mit Sicherheit auch das Ende einer touristischen Nutzung, beispielsweise durch Dampf-Sonderzüge zum Tobiashammer, bedeuten.*

nicht nur möglich, sondern von beiderseitigem Vorteil ist. Vor allem aber muss der stärkeren Nutzung der Strecke für den Güterverkehr von Unternehmen und DB AG gemeinsam viel mehr Interesse geschenkt werden. Da gibt es zwar eine schöne neue Anschlussbahn von immerhin zwei Kilometern Länge ins Ohrdruffer Gewerbegebiet, doch wie wird sie genutzt? Statt ihrer größtmöglichen Auslastung wurde 2009 in einem als „Versuch“ getarnten Schildbürgerstreich Zwieback vom dort angesiedelten Hersteller per Riesen-Lkw, jenen heftig umstrittenen und als weitere Bahnkonkurrenz gedachten 25 Meter langen „Giga-Linern“ mit 60 Tonnen Gesamtmasse, nach Gotha gebracht, obwohl die Frachten gleich an Ort und Stelle auf die Bahn verladen werden konnten. Auf der Anschlussbahn jedoch wurde laut Internet-Lexikon WIKIPEDIA noch nie ein Zug gesehen! Im an den Strecken Saalfeld – Gera und Gera – Mehltheuer (- Hof) gelegenen Weida dagegen trat ein Matratzenhersteller vom bereits genehmigten Vorhaben

zurück, seine Erzeugnisse mit solchen Fahrzeugen zum Erfurter Güterverkehrszentrum zu transportieren, weil das angesichts der vorhandenen Bahnverbindung völlig widersinnig gewesen wäre. An die chaotischen Zustände auf den zum GVZ führenden Straßen, wie sie in diesem Winter auftraten, war da noch gar nicht zu denken gewesen! Ebenso wurde ein ähnlicher „Feldversuch“ in Sachsen-Anhalt bereits 2007 wieder eingestellt. Auch die von mir nun keineswegs gemochte Bundeswehr mit ihrem Übungsplatz in Ohrdruf hat es im Oktober 2006 schon fertig gebracht, ihre Panzer nicht per Bahn, sondern im stundenlangen, fahrbahn-schädigenden, verbrauchs- und lärmintensiven sowie umweltverschmutzenden Straßenmarsch beispielsweise von Erfurt nach Bad Frankenhausen zu verlegen, nach dem mittlerweile bereits keine Züge mehr fahren. In Ohrdruf wird bestenfalls noch Holz verladen und mit Ganzzügen lediglich das Tanklager Emleben bedient. Eine Verkehrseinstellung könnte auch diesen ausbaufähigen Güterverkehr in Frage



*Gut besetzte Reisezüge, auch wenn die einstigen Fahrgastzahlen unter heutigen Bedingungen kaum erreichbar sind, erfordern eine andere Wirtschafts- und Verkehrspolitik.*

stellen, womit weitere Gefahrgut-Transporte auf die Straße verlagert werden müssten. Hinzu kommt das Problem der als „Aufgabenteilung“ verbrämten, mit der „Regionalisierung“ geschaffenen Konkurrenz zwischen Bahn und Bus durch die Abwälzung der Verantwortung auf die schieneungebundenen Öffentlichen Personen-Nahverkehr auf die Länder und der für den Verkehr auf der Straße auf der Kreise. Letztere haben dadurch natürlich keinerlei Interesse am Abbau von Parallelverkehr und

der Ausrichtung des Buseinsatzes auf Orte ohne Bahnanschluss. Nach der alten Volksweisheit, wonach das Hemd nun einmal näher sei als der Rock, werden beide Verkehrsmittel gegeneinander ausgespielt, anstatt beide sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Zudem würde eine Verkehrseinstellung das Ende der Streckenunterhaltung nach sich ziehen, wodurch selbstredend keinerlei touristische Nutzung mehr möglich wäre. Das sind die Fragen, die zu klären und zu entscheiden sind – damit die Bahnstrecke weiter und weitaus besser als bisher ihre Aufgaben erfüllen kann. Alles andere ist mangels Sinnhaftigkeit indiskutabel.

*Fotos und Text:  
H.-J. Weise*



*Personenverkehr allein vermag den Bestand der Strecke nicht dauerhaft zu gewährleisten, nötig ist vielmehr eine Stärkung des Güterverkehrs. Den gibt es durch die ab 1990 durchgesetzte Entindustrialisierung sowie die Verlagerung des Gepäck-, Expressgut- und Postverkehrs – hier ein Leerwagenzug bei Frankenhain – auf Straße und Luftverkehr jedoch nur noch im Kleinformat.*

## Fußnote: Zum Rücktritt zu Guttenbergs

Ein Minister, noch dazu mit adligem Namen, hat sich seinen akademischen Grad letztlich erschwandelt – ein Zeichen dafür, dass in der vom Geld beherrschten Welt in erster Linie Amt und Würden statt Inhalt und Leistung zählen, mehr Schein als Sein also regieren. Letztlich aber ist die Betrügerei eines Karl-Theodor zu Guttenberg klein im Vergleich zu der von der großen Politik tagtäglich und insbesondere vor Wahlen

begangenen: Dem Wahlvolk wird das Blaue vom Himmel versprochen und sobald die Regierung den Wünschen der Herrschenden gemäß zustande gekommen ist, hat alles ganz schnell das Verfallsdatum erreicht. So versprachen SPD und Grüne einst mehr soziale Gerechtigkeit, herausgekommen ist mit „Hartz IV“ Armut per Gesetz. Von Frieden und Abrüstung war die Rede gewesen, doch was folgte, waren Bomben

auf Jugoslawien und damit der Beginn einer auch von CDU/CSU und FDP nicht nur wärmstens unterstützten, sondern nach ihrem Regierungsantritt stur weiterverfolgten Kriegspolitik – als habe jenes „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ nicht schon zweimal in die Katastrophe geführt.

*H.-J. Weise*

## Die gespaltene Seele unserer Partei

Nein, lassen wir alle pathologischen Definitionen beiseite. Das Bild der Seele, der gespaltenen, berührt mich. Als „seelenlos“ bezeichnen wir Dinge, die uns fern, kalt und unpersönlich erscheinen. Die Seele hingegen bringt heimelige Wärme und Nähe. Wellness, neudeutsch sozusagen. Wichtig für die Gemeinschaft ähnlich fühlender, sich nah stehender Menschen, einer Partei etwa. Jedoch schon da erhebt der Zweifel sein Haupt. Sind wir, die Linken einander nah? Nun, selbst dem wohlmeinenden Beobachter fiele es schwer, angesichts der Quälereien des vergangenen Jahres dies einfach zu bejahen. Zwei Seelen ach... Es scheint einfach so, als gelänge es nicht, Einigkeit darüber zu erzielen, wohin unser Weg führen soll. Es scheint, als stünden wir an einer Kreuzung, mühsam die Wegweiser buchstabierend. Wohin, wohin? Zum Paradies der Werktätigen, dort sprudeln die Quellen üppig, sagen manche. Bloß das nicht rufen die nächsten, dass ist eine Sackgasse. Aber hier entlang, beharrt eine andere Gruppe, dorthin, wo dem Kapitalismus die gierigen Krallen beschnitten wurden. Woraufhin sich die Ersteren an die Stirn tippen. Bleibt wo ihr seid raunt eine leise Stimme, dann werden wir es schon richten. Schließlich gibt es noch die, die nur rufen. Denen es egal ist, wohin wir gehen, Hauptsache wir bewegen uns. Jeder will in eine andere Richtung. Und so entsteht der Spalt. Nicht, dass ich beklage, dass wir die Vielfalt der Meinung kultivieren, zu lange konnten wir uns an diesem Quell nicht laben, aber selbst der köstlichste Tropfen macht trunken, wird er zu reichlich genossen, Genossen! Es ließe sich an dieser Stelle das Bild von den vielen Köchen und dem Brei bemühen, indes, es stimmt nicht. Wir

haben keine Köche scheint's, dafür jedoch jede Menge Beiköche. Versteht mich nicht falsch, es ist schon richtig, die Fenster des alten Hauses einmal weit zu öffnen und den frischen Wind neuer Denkweisen herein zu lassen, aber wenn nun gar zu viele ihre Wichtigkeit verblasen, Wunde nässt noch, geschlagen in früheren Zeiten von Leuten, die ich leichtfertig Genossen nannte. Als Gesine Löttsch ins Kreuzfeuer der bürgerlichen Medien geriet, da gab es viele, die schwiegen zustimmend oder missbilligend, aber sie schwiegen wenigsten, denn wir hörten auch die, die einstimmten in das Geheul der Gegner und andere, so war mir, rieben sich heimlich die Hände. Das Häuflein derer, die ihr den Rücken stärkten blieb gering. Egal, wie man zu ihren Aussagen steht, in einem gebührt Genossin Löttsch Dank. Sie hat eine Fläche geschaffen, auf der sich unterschiedlichen Ideen abbilden lassen, eine Projektionsfläche gleichsam und einen Sandsack, auf den wir eindreschen können. Solange, bis wir wissen, jeder Hieb auf ihn ist ein Hieb in unser linkes Herz. Genug der Klagelieder, eines eint sie, sie sind ein Abgesang. Ihn wollte ich nicht anstimmen. Lasst uns die neue Marseillaise trommeln, für Gerechtigkeit, für ein menschenwürdiges Leben, für Solidarität oder sagt, Liebe zu unseren Nächsten, den wir nur mögen können, wenn wir lernen uns selbst zu lieben, als Linke, als Partei!

desverbänden, wo man sich, wie der Sachse sagt, lieber auf dem Gericht herum sühlt, als unsere Politik zu propagieren. Es entsteht doch der Eindruck, selbst Brutus war ein Waisenknabe gegen das, was sich manche Genossen gegenseitig antun. Die Wunde nässt noch, geschlagen in früheren Zeiten von Leuten, die ich leichtfertig Genossen nannte. Als Gesine Löttsch ins Kreuzfeuer der bürgerlichen Medien geriet, da gab es viele, die schwiegen zustimmend oder missbilligend, aber sie schwiegen wenigsten, denn wir hörten auch die, die einstimmten in das Geheul der Gegner und andere, so war mir, rieben sich heimlich die Hände. Das Häuflein derer, die ihr den Rücken stärkten blieb gering. Egal, wie man zu ihren Aussagen steht, in einem gebührt Genossin Löttsch Dank. Sie hat eine Fläche geschaffen, auf der sich unterschiedlichen Ideen abbilden lassen, eine Projektionsfläche gleichsam und einen Sandsack, auf den wir eindreschen können. Solange, bis wir wissen, jeder Hieb auf ihn ist ein Hieb in unser linkes Herz. Genug der Klagelieder, eines eint sie, sie sind ein Abgesang. Ihn wollte ich nicht anstimmen. Lasst uns die neue Marseillaise trommeln, für Gerechtigkeit, für ein menschenwürdiges Leben, für Solidarität oder sagt, Liebe zu unseren Nächsten, den wir nur mögen können, wenn wir lernen uns selbst zu lieben, als Linke, als Partei!

Karl-Heinz Mitzschke

## Die Sicht eines „Insiders“

Jochen Traut zum Artikel „Brot mit Wasserstreifen“ von Friedemann Behr in der Ausgabe 128 des Arnstädter Stadtechos vom 22.12.2010

Ich habe den Artikel von Herrn Friedemann Behr mit großer Aufmerksamkeit mehrmals gelesen und lange überlegt, ob ich mich dazu äußere.

Um es vorweg zu nehmen, Brot mit Wasserstreifen wird dem Käufer mitunter auch noch heute verkauft. Es ist nicht nur typisch für die Jahre, um die es im o.g. Artikel geht.

Ich selbst bin für diese Jahre ein Insider. Von 1945 bis 1948 habe ich die Bäckerlehre in der Bäckerei Paul Graff in Arnstadt, Ohrdruffer Straße 13, absolviert und danach noch ein weiteres Jahr, bis zum April 1949, in dieser Bäckerei als Geselle gearbeitet. Somit schreibe ich über persönliche Erlebnisse aus diesen ersten Jahren, die am Beginn meines Arbeitslebens standen und die nicht einfach waren. Ein Bäckerlehrling wohnte in der Regel in einer Kammer im Haus seines Lehrmeisters. Das war so üblich. Der Arbeitstag begann auch damals schon zwischen vier Uhr bzw. vier Uhr dreißig in der Frühe. Sein Ende war am Abend nach dem Ansetzen des Sauerteigs und des Hefenstücks für den anderen Tag. Dies war gegen 18.00 Uhr. Auch an Sonntagen. Es gehörte zu den Aufgaben eines Lehrlings. Jawohl, das Backen von Brot und Brötchen aus dunklem Mehl war nicht einfach und erforderte vom Meister sein ganzes handwerkliches Können. Er wollte ja sein Brot verkaufen. In diesen Jahren gab es in Arnstadt immerhin noch 28 Bäckereien, davon allein drei in der Ohrdruffer Straße. Es gab also eine große Auswahl von Möglichkeiten, wo man auf seine geringen Brotmarken Brot, Brötchen und Mehl kaufen konnte. Diese Auswahl an vorhandenen Bäckereien wurde weitestgehend genutzt, wie ich aus eigener Erfahrung weiß.

„Klitschbrot“ wollten die Leute auch damals nicht kaufen. Aber das gab es eben auch.

Es ist richtig, wenn Herr Behr schreibt, Brot wurde nicht nur mit Mehl gebacken. Dazu gehörte nicht übermäßig Wasser, sondern Kartoffelwalmehl in einem vorgeschriebenen Verhältnis zu Mehl. Mit einem höheren Wasseranteil wäre es nicht möglich gewesen, ein gut angegartes Brot in den Ofen zu bringen, geschweige es nach dem Backen aus dem Backofen zu holen. Also, zu viel Wasser ging nicht. Was das Gewicht anbelangt, so hätte man es höchstens mit Salz versuchen können. Aber versalzenes Brot wollte auch damals niemand kaufen.

Um noch eine Bemerkung zum Mehl zu machen. Im Allgemeinen waren die Anlieferungen pünktlich. Jedoch kam es auch vor, dass wir mit dem Handwagen in die Neumühle an der Hammerecke fahren mussten, um zwei bis drei Aderthalbkilol-säcke direkt abzuholen. So war die Kontinuität in der Arbeit gesichert. Also keine Schließung.

Zum Heizen eines Backofens, ob Altdeutscher- oder Dampfbackofen, benötigte man, um Backen zu können, im Ofen generell die nötige Hitze. Denn neben dem eigentlichen Backen kamen auch noch die Hausfrauen mit Kuchen und Zodlich zum Abbacken ihrer Waren. In der Weihnachtszeit waren es traditionell auch im Jahr 1945 und danach noch die Arnstädter Schittchen. In einem kalten Ofen konnte man nicht Backen, auch in jenen schweren Jahren nicht. Dazu gab es auch keine Vorgaben, weder vom Wirtschaftsamt – das war u.a. auch für die Zuteilungen an Bäckereien zuständig – auch nicht vom Wirtschaftsamt der sowjetischen Kommandantur. Im Übrigen kamen die Frauen der Offiziere, die in den Villen in der Triniusstraße wohnten, mit ihren eigenen „Produkten“ zum Abbacken in die Bäckerei von Paul Graff.

Noch etwas zum Heizen. Ja, es wurde mit Holz, Rohbraunkohle und Briketts in einem entsprechenden Verhältnis geheizt, und wenn das Holz noch nicht ausgetrocknet war, so wurde es rechtzeitig vor den Ofen zum Trocknen gelegt. Dass uns das Heizmaterial einmal ausgegangen wäre, das gab es meines Wissens nicht. Eine Bäckerei war nicht wegen Heizmaterial geschlossen, sondern sie machte, wie damals üblich, zwei Wochen (Familie des Meisters, Geselle und Lehrling) Urlaub. Noch etwas zum Heizmaterial Holz. Es ist richtig, wenn Herr Behr schreibt, dass der Orkan vom 13. Juni 1946, der über weite Teile des Thüringer Waldes fegte, einen gewaltigen wirtschaftlichen Schaden verursachte in Gestalt des Windbruchs. Dieses Holz musste schnellstens aufgearbeitet werden. Daran hatten auch die Arnstädter Bäcker ihren Anteil. Bäckerlehrlinge und Gesellen kamen zum Einsatz. Stämme mussten per Hand mit einer Band- bzw. Schrotsäge in Meterstücke zersägt werden. Das kostete Muskelkraft. Motorsägen gab es für diese Arbeit nicht. An vielen Sonntagen, denn samstags waren noch die Läden geöffnet, zogen die Bäckermeister mit ihren Gesellen und Lehrlingen ins Holz.

Wir Arnstädter fuhren mit der Bahn nach Gehlberg und dann zu Fuß in Richtung Oberhof zum Holzeinschlag. Es kam auch vor, dass man zwei bis drei Tage mit Übernachtung in Allzunah im Holzeinsatz war.

Das Holz musste nach dem Vermessen mit dem Pferdefuhrwerk, auch hier waren wieder Gesellen und Lehrlinge beteiligt, nach Arnstadt gefahren werden. Ich entsinne mich noch solcher Holztransporte mit dem Fuhrunternehmer Ernst Preller aus der Ohrdruffer Straße. Das Holz lagerte dann auf dem Gehweg vor dem Haus, bis der Holzschneider Robert Pfeuffer, er wohnte in der Willibrordstraße, zum Schneiden kam. Auch dann war die mühselige Arbeit mit dem Holz noch nicht zu Ende. Es folgte der Transport zum Hof, und hier musste das Holz gehackt werden, um es dann ofenfertig zu stapeln. In der Regel erfolgte dies auf dem Boden des Hauses. Um es nochmals zu betonen: Ich kenne keine Schließung wegen fehlendem Brennmaterial.

Ich erwähnte es bereits, Brot und andere Waren bekam man nur auf entsprechende Marken. Dies waren Lebensmittelkarten, die jeweils einen Monat Gültigkeit hatten, und auf denen die zuteilte Menge nach Gramm ausgewiesen war. Beim Kaufen wurden im Laden die entsprechenden Marken abgeschnitten. Die Verkäuferin brauchte dazu eine Schere als Handwerkszeug. Jedoch abends, insbesondere vor den monatlichen Abrechnungen, saß man in der Ladenstube, sortierte und klebte die Marken mit Ersatzleim auf Abrechnungsbogen. An dieser Stelle setzte mitunter die Kontrolle des Wirtschaftsamt der sowjetischen Kommandantur ein. Hier wurde verkauftes Brot/Brötchen/Mehl mit den vorliegenden Marken verglichen. Ich habe solche Kontrollen selbst erlebt. Jedoch waren diese meiner Meinung nach wichtig, um Schwarzgeschäfte zu unterbinden. Nicht aus Schikane oder Ausübung von Macht. Auch nach heutigem Verständnis in diesen Notzeiten sicher ein Muss.

Noch eine Nachbemerkung.

Der Bäckerlehrling ging auch zur Berufsschule auf den Schulplan. Dies aus der Backstube heraus und nach Schulschluss wieder in die Backstube. Unsere Lehrer für die theoretische Ausbildung waren Bruno Kieb und der Bäckermeister Erich Kerntopf aus der Stadtilmer Straße. Da der Lehrling bei seinem Lehrmeister wohnte und in der Familie lebte.

Dies sind Erinnerungen nach nunmehr ca. 65 Jahren und um zu einigen Aussagen im Artikel von Herrn Behr die Sichten eines „Insiders“ darzustellen.

*Jochen Traut*

**Termine im Monat März**

**Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:**

02.03.11	17.30 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff
07.03.11	18.30 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
23.03.11	18.00 Uhr.	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

**Basisorganisationen:**

01.03.11	09.30 Uhr	Basisvorsitzende. Ilmenau, südlicher Ilm-Kreis, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
08.03.11	09.30 Uhr	Basisvorsitzende. Arnstadt, nördlicher Ilm-Kreis, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
15.03.11	18.00 Uhr	BO-Versammlung. Ilmenau-Pörlitzer Höhe; Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

**Fraktionssitzungen:**

01.03.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
14.03.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
21.03.11	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
28.03.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
29.03.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

**Stadtrats-/Kreistagsitzungen:**

03.03.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Rathaus
17.03.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

**Wenn die Welt eine Bank wäre, hättet Ihr sie schon längst gerettet!**

**Weitere Veranstaltungen:**

03.03.11	18.00 Uhr	Mitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE. Ilmenau; Auf dem Stollen; Hochhausclub
08.03.11	10.00 Uhr	100 Jahre Internationaler Frauentag. Öffentliche Überreichung von Roten Nelken Arnstadt; „Hopfenbrunnen“. Ilmenau; „Apothekerbrunnen“
09.03.11	15.00 Uhr	Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
11.03.11	14.00 Uhr	Frauentagsfeier des Kreisverbandes DIE LINKE. Ilmenau; Hotel „Tanne“
14.03.11	18.00 Uhr	Veranstaltung der R-L-Stiftung und des Stadtverbandes Ilmenau zum Thema: „Christlich-marxistischer Dialog heute“ mit Ilsegrit Fink
19.03.11		Ehrung der Märzgefallenen von 1920
	10.00 Uhr	Arnstadt, Friedhof; Ehrenmal
	11.00 Uhr	Gräfenroda, Friedhof; Gedenkstelle
	11.30 Uhr	Frankenhain, Friedhof; Gedenkstelle
26.03.11	10.00 Uhr	Programmdebatte. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

**www.die-linke-ilmkreis.de**